Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 734

Änderungsanträge

der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Aufstellung und Ausführung des Bundeshaushaltsplans und über die vorläufige Rechnungsprüfung sowie über die vorläufige Haushaltsführung im Rechnungsjahr 1949 (Vorläufige Haushaltsordnung und vorläufiges Haushaltsgesetz 1949)

- Nr. 682, 223 der Drucksachen -

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Dienstaufwandsentschädigung für die Bundesminister wird auf DM 4 800.— festgesetzt.
   Die Dienstaufwandsentschädigung für die Staatssekretäre wird gestrichen.
2. In allen Einzelplänen wird der Titel 19 (Reisekosten) in folgender Form eingesetzt:
   19 a Reisekosten
   19 b Reisekosten zwischen Frankfurt und Bonn.
3. Mit Ausnahme des Einzelplanes I (Haushalt des Bundespräsidenten und des Bundespräsidialamts) und des Einzelplanes IV (Haushalt des Bundeskanzlers und Bundeskanzleramts) wird der Betrag in Titel 24 in allen Einzelplänen um 50% gekürzt.
4. Der Einzelplan V (Haushalt des Bundesministeriums für Angelegenheiten des Marshallplans) wird gestrichen. Die Aufgaben des Ministeriums werden der Bundeskanzlei und einer besonderen Abteilung im Bundesministerium für Wirtschaft übertragen.
   Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag zur dritten Lesung des Haushaltsplanes eine entsprechende Änderung der Haushaltspläne der Bundeskanzlei und des Bundesministeriums für Wirtschaft zu unterbreiten.

Druck: Peter Meier, Bulsdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30
und Wiesbaden, Nietzscheştr. 1

5. Der Einzelplan XVI (Haushalt 'des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen) wird gestrichen. Die Aufgaben des Ministeriums werden der Bundeskanzlei und dem Bundesministerium des Innern übertragen.
   Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag bis zur dritten Lesung des Haushaltsplanes die sich daraus ergebenden Änderungen für die Haushaltspläne der betreffenden Ministerien zu unterbreiten.
6. Der Einzelplan XVII (Haushalt des Bundesministeriums für die Angelegenheiten des Bundesrats) wird gestrichen.

Bonn, den 21. März 1950

Ollenhauer und Fraktion